

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

258 (6.11.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt-
bereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt
10 Pfennig.

Redaktion, Druck u. Verlag: Adolf Düps, Durlach, Mittelstr. 6.
Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101.



Anzeigenberechnung: Die 8spaltige Millimeterzeile
8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-
annahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familien-
anzeigen am Erscheinungstag 1/29 Uhr vorm. Für Flugwor-
schriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen
werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Beziffer keine
Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 258

Samstag, den 6. November 1926

97. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag begann am Freitag die Aussprache über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
Der Reichspräsident stattete dem Berliner Rathaus und der Gemeindevorwaltung einen Höflichkeitensbesuch ab.
In Berlin soll mit der französischen Regierung ein Saarabkommen geschlossen werden, das die Abmachungen des Stahlartikels ergänzt.
Die französische Polizei nahm das Haupt der katalonischen Verschwörung, den spanischen Obersten Marcia, in der Nähe von Perpignan fest. Der italienische Oberst Garibaldi wurde im Zusammenhang mit den katalonisch-antifaschistischen Verschwörungen auf französischem Boden verhaftet.
In Rom hat der Ministerrat das Gesetz über Wiedereinführung der Todesstrafe genehmigt.
Es befindet sich, daß in Ungarn Verhandlungen über einen asiatischen Völkerverbund stattfinden unter Führung von Rußland.

Umschau.

Der Wiederzusammentritt des Reichstags. — Um die Regierungskoalition im Reich. — Eine Streikdrohung der Reichsregierung. — Das Arbeitsprogramm des Reichsparlaments. — Sachsen und Baden. — Die Krisen in Südeuropa.

(Durlach, 6. November.)

Mit dem Zusammentritt des Reichstags hat in dieser Woche das innerpolitische Leben mit Hochdruck wieder eingesetzt. Verärgert war das Reichsparlament vor vier Monaten auseinandergegangen, als man für die Fürstenabfindungsfrage keine Lösung finden konnte. Dieser Streit ist nun durch das Abkommen Preußens mit dem Hohenzollernhaus größtenteils gegenstandslos gemorden, aber dafür liegen eine ganze Reihe neuer Probleme und Aufgaben vor, von denen die Frage der Regierungskoalition eigentlich in erster Linie nach Lösung ruft.

Die Regierung der Mittelparteien, die nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund, trotz der nach Thoiry eingetretenen Schwierigkeiten in günstiger Position vor dem Reichsparlament steht, ist eine Regierung der Minderheit und war zu Anfang, als Marx im Mai Kanzler wurde, als Uebergangskabinett gedacht. Man hoffte, sie im Herbst auf eine breitere Basis stellen zu können. Die Mehrheit der Regierungsparteien, Demokraten und Zentrum waren damals wie auch jetzt für die Hinzuziehung der Sozialdemokraten, also für die große Koalition, und die beiden Parteien, deren Zustimmung hierzu notwendig ist, die Volkspartei und die Sozialdemokraten haben eine solche Regierungsbildung bis heute nicht offen verweigert. Damit ist es nun freilich nicht getan. Es bestehen doch noch Schwierigkeiten, und die größeren offenbar bei den Sozialdemokraten. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat am letzten Sonntag auf der Erfurter Zentrumstagung seine Sorge darüber geäußert, daß die Radikalisierungstendenz in der Sozialdemokratie weitere Fortschritte mache, und auf der gleichen Tagung hat auch der Reichskanzler an die Sozialdemokratie die Frage gerichtet, ob sie lieber parteitaktischen Interessen Rechnung tragen oder für eine Politik, der sie doch bisher im Wesentlichen zugestimmt habe, auch die Verantwortung durch Beitritt zur Regierung mit übernehmen wolle. Sie weise fortgesetzt auf die Schwäche der Republik und ihre angebliche Bedrohung hin, lehne aber die verantwortliche Tätigkeit für sie ab.

Von den Deutschnationalen hat man in letzter Zeit mehrfach den Ruf gehört „heran an den Staat!“ Geht es nicht mit der Sozialdemokratie, so müssen die Mittelparteien nach den Mehrheitsverhältnissen in unserem Reichsparlament es wenigstens versuchen, ob mit der Rechten ein Zusammenarbeiten möglich ist. Hierin liegt aber wiederum die Stärke der Mitte und der Reichsregierung. Sie können in der Tat von der Rechten absolut bindende Zusagen in der Frage der Staatsform und eine Abkehr von der bisherigen Agitation namentlich gegen die Außenpolitik der Regierung verlangen, weil im Falle der Bekämpfung der Regierung von rechts und links her auch sie dagegen ein wirksames Mittel hat, nämlich das, zu streiken und die Verantwortung dafür den Flügelparteien zu überlassen. Der Reichskanzler sagte in seiner Erfurter Rede nach rechts und nach links gewandt: „Parteien, welche die gegenwärtige Koalition zu Fall zu bringen versuchen, werden sich darauf einrichten müssen, daß sie im Falle des Gelingens ihres Versuches die Regierung selber zu übernehmen haben.“ Da aber ein Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen ganz unmöglich ist, bliebe nur die

Reichstagsauflösung, von der man sich aber in den beiden Lagern wohl kaum allzuviel versprechen kann.

Die praktischen Aufgaben des Reichstags in den kommenden Monaten sind im übrigen außerordentlich umfangreich, bedeutend und auch schwierig. Abgesehen von der Fertigstellung des Etats bis zum 1. April und der Verabschiedung des Nachtragsetats für 1926 mit Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen zunächst die Arbeitslosenfrage, (Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge und dann bis zum 1. April Fertigstellung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes) weiter der provisorische Finanzausgleich bis 1. April 1928 zur Debatte, dann die Verbesserung des Wahlgesetzes. Hier hat das Reichsinnenministerium nun eine Vorlage ausgearbeitet, welche die Wiedereinführung der Einwahlkreise und überhaupt eine die Gruppenbildung verhindernde Neugestaltung des Wahlrechts, schließlich die Heraushebung der Wahlberechtigung auf das Mündigkeitsalter von 21 Jahren zum Ziel hat. Andere Vorlagen sind das Reichsschulgesetz, das Jugendbeschutzgesetz. Kritische Tage kann es im Anschluß an die Feststellung der Fernordnungspläne wegen der Fragen der Schwarzen Reichswehr, der Einstellungen in die Reichswehr und anderer Vorkommnisse in unserm Heer geben, welche möglicherweise neue Hindernisse gegen eine Koalitionserweiterung aufwerfen können.

Die innerpolitische Verfahrenheit in Deutschland haben wieder die Wahlen in Sachsen gezeigt. Ihre Kennzeichen sind: Sinken der Wahlbeteiligung, Zerschlagung der politischen Parteien links und rechts, Erfolge der Wirtschaftsgruppen, die in Wirklichkeit Protestler gegen unser ganzes Parteiwesen sind. Die Sozialdemokraten haben sich in sich heftig bekämpfende Links- und Rechtssozialdemokraten getrennt, und die Folge der Radikalisierung dieser Partei ist ein Verlust von über 200 000 Stimmen gegen die Wahlen von 1922, während die Kommunisten 75 000 Stimmen gewonnen. Von den bürgerlichen Parteien verloren die Deutschnationalen 150 000, die Deutsche Volkspartei 173 000, die Demokraten über 100 000 Stimmen, während die verschiedenen Wirtschaftsgruppen, die infolge der Gegenfälligkeit der von ihnen vertretenen Interessen zu praktischer Arbeit nur sehr bedingt imstande sein werden, rund 340 000 Stimmen gewonnen. Wie bei der Zusammensetzung des neuen sächsischen Landtags eine Regierung gebildet werden soll, steht noch ganz dahin, zumal Links- und Rechtssozialdemokraten wenigstens zunächst kaum zusammengehen können und die Kommunisten, wie ja die Unhaltbarkeit der Lage bei ihrer kurzen Mitregierung in Sachsen und Thüringen gezeigt hat, absolut regierungsunfähig sind.

Auch die Frage der Regierungsbildung in unserem badischen Land wird Ende des Monats, wenn der Landtag zusammentritt, wieder aktuell werden. Bisher sind in dieser Richtung jedenfalls keine Fortschritte gemacht. Nach der ganzen Sachlage kann man sich nur einen Eintritt der Demokraten und Volksparteier in die Regierung denken, wobei sich die beiden liberalen Parteien über die Person eines ihnen nahestehenden Kultusministers einigen müßten. Für den Fall, daß weiter die bisherige Regierungskoalition aus Zentrum und Sozialdemokraten bleibt, wird auch von einer rein sachmännlichen Besetzung dieses Ministeriums gesprochen. Möglicherweise wird aber auch der Ausfall der Gemeindevahlen, welche in acht Tagen in ganz Baden stattfinden werden, für die badische Regierungskoalition von Bedeutung sein. Zeigt sich auch bei uns eine ähnliche Krise des Parteiwesens, so wird es — wenn auch Gemeindevahlen etwas wesentlich anderes als Landeswahlen sind — doppelter Voraussetzung und Klugheit aus Seiten der Parteiführungen bedürfen, unser Land aus der nun einmal niemand befriedigenden Zweiparteienkoalition herauszubringen und die Regierungsverantwortung auf eine bessere Basis zu stellen.

Die beiden noch bestehenden Diktaturen in Südeuropa kommen nicht aus den Krisen heraus. In Italien ist auf Mussolini wieder ein Attentat verübt worden und die Folge ist nicht nur eine faschistische Schreckensherrschaft gegen alle politischen Gegner im Inland, sondern es sind wiederum auch Zwischenfälle mit Frankreich entstanden, die zu französischen diplomatischen Vorstellungen in Rom und einer erheblichen Verstimmung an der Seine geführt haben. Das noch vor wenigen Tagen, wohl auf Kommando Poincares in der Pariser Presse so sehr propagierte Freundschaftsabkommen mit Italien ist etwas in den Hintergrund der politischen Bestrebungen geschoben worden. Die Italiener fordern von Frankreich immer wieder ein schärferes Vorgehen gegen die antifaschistischen italienischen Emigranten. Frankreich kann sich aber doch nicht zum Polizeibüffel Italiens machen. Daß Südfrankreich ein Herd solcher Propaganda ist, ist allerdings richtig, nicht nur Italien, sondern auch Spanien spürt das. Wurde doch durch die französische Polizei, der

man also nicht absolute Untätigkeit in dieser Richtung vorwerfen kann, ein Komplott spanischer Separatisten entdeckt und vereitelt, welches von französischem Boden aus einen Putsch mit dem Ziel der Loslösung Kataloniens aus dem spanischen Staatsverband betrieb. Was man sonst aus Spanien hört, zeigt, daß die Diktatur unter dem Eindruck der Volksstimmung weiter gezwungen ist, an ihren Selbstabbau zu denken. Im Januar soll eine konstituierende Nationalversammlung ihre Arbeit aufnehmen. Dann würde schließlich die italienische Diktatur, nachdem schon lange die griechische Diktatur gestürzt ist, allein stehen. Das System scheint auch im Süden Europas auf die Dauer nicht haltbar.

Deutscher Reichstag

Berlin, 5. Nov.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge des Sozialen Ausschusses zur Erwerbslosenfürsorge. Nach den Beschlüssen des Ausschusses, die vom Abg. Bred (Soz.) erläutert werden, sollen bis zum 31. März 1927 die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 8. November ds. Js. ab wie folgt erhöht werden: Für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienaufschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, um 15 Prozent, 2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent. Die obere Grenze für die Erwerbslosenfürsorge soll so gestaltet werden, daß auch das vierte Kind den vollen Zuschlag erhält. Die Prüfung der Bedürftigkeit soll gleichmäßig und entgegenkommend behandelt werden. Kleinerer Besitz, wie Spararbeitshefte, Hausrat, kleines Eigenheim, darf nicht zur Verneinung der Bedürftigkeit führen. Die Sozialdemokraten haben für die Plenarverhandlungen neue Anträge eingebracht, wonach die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger um 30 Prozent, die Familienaufschläge um 20 Prozent erhöht werden sollen. Die Kommunisten beantragen Erhöhung um 50 Prozent. Abg. Bred tritt im Anschluß an den Ausschussbericht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter für die weitergehenden sozialdemokratischen Forderungen ein und verlangt u. a. auch die vollständige Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, wonach die Möglichkeiten zu einer wirklichen Ueberwindung der Erwerbslosigkeit nur in einer völligen Neuinstellung der deutschen Wirtschaftspolitik zu sehen seien. Durch Entwicklung der nationalen und in erster Linie der landwirtschaftlichen Produktion könne dem deutschen Volke Verdienst und Arbeit geschaffen werden. Die öffentliche Pflicht zur Erwerbslosenfürsorge habe die Deutschnationale Partei stets anerkannt. Abg. Schulz lehnt die Vorlage in der Ausschussabstimmung ab.

Abg. Andre (Ztr.) begrüßt das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Von der Rationalisierung der Wirtschaft müßten auch die Arbeitnehmer einen Nutzen haben. Seine Fraktion stehe zum Achtstundentag. Notwendig sei die Arbeitslosenversicherung.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellt fest, daß seit 1. März die Zahl der männlichen Erwerbslosen um 30 Prozent, die der weiblichen um 23 Prozent abgenommen hat. Eine dauernde Besserung des Arbeitsmarktes könne nur aus der Wirtschaft selbst kommen, bedauerlich sei, daß in einzelnen Betrieben Ueberarbeit geleistet werde. Wenn dies nicht beseitigt werde, so müsse ein Gesetz geschaffen werden. Das gelte auch für die Entlassung von älteren Angestellten und Arbeitern bei der Rationalisierung der Wirtschaft. Die Regierung sei bereit, für die ausgesteuerten Erwerbslosen eine besondere Krisenfürsorge einzuführen auf die Dauer eines Jahres.

Die Kommunisten bringen einen Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister ein.

Abg. Thiel (D. Vp.) spricht für die Arbeitslosenversicherung. Fortsetzung: Samstag 12 Uhr

Deutschland.

Der Reichspräsident auf dem Berliner Rathaus

Berlin, 5. Nov. Heute nachmittags fand ein Empfang im Berliner Rathaus statt, gelegentlich dessen der Reichspräsident von Hindenburg auf eine Ansprache des Oberbürgermeisters Böb u. a. antwortete: „Ich danke Ihnen für den feierlichen Empfang und die freundliche Begrüßung, die Sie mir hier im Magistrats-Sitzungslokal, der Stätte Ihrer Arbeit, entgegengebracht haben. Ich habe an den Geschicken der Reichshauptstadt, mit der ich mich persönlich eng verbunden fühle, immer lebhaften Anteil genommen. Umweit dieser Stätte, drüben in der Neuen Friedrichstraße, habe ich vor mehr als 60 Jahren einen Teil meiner Jugend verbracht, und auch in der späteren Zeit meines Lebens habe ich viele Jahre hier gewohnt. Ich sehe noch das alte Berlin der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts vor mir, das an der Potsdamer Brücke endete, wo ungestört durch Verkehrsprobleme „Unter den Linden“ die Frühjahrspaläste stattfanden und wo wir 1866 an der Stätte des heutigen Reichstages auf sandigem Exerzierplatz zum Siegesmumme Aufstellung nahmen. In diesem Rückblick und dem Vergleich mit dem heutigen Bilde veranschaulicht sich mir am besten die gewaltige Entwicklung, die die Stadt seitdem genommen hat. Stets war Berlin mit dem Schicksal des Reiches besonders eng verbunden. Ich kann aber heute mit Befriedigung feststellen, daß Berlin unter der tatkräftigen Führung seines Stadtoberhauptes die Krisis im großen und ganzen überwunden hat. Noch sind aber schwierige Probleme zu lösen. Eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart nicht nur für Berlin, sondern auch für die anderen großen Städte und Arbeitszentren ist die, dem großen Heer der

Matratzen - Möbel - Patentröste

Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen-
einrichtungen sowie Einzeilmöbel aller
Art, beste Qualitäts-
arbeit zu herabgesetzten Preisen

Gustav Saude
Moltkestraße 26 — Pflanzstraße

Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang. — Teilzahlung.

Wähler! Wählerinnen!

Schwieriger denn je sind diesmal die Gemeindevahlen. Schwer lastet die Not der Zeit, die Erwerbslosigkeit, auf der Menge und mit ihr als Folge Stockung in Handel und Verkehr. Man sieht einer steht ratlos da und weiß nicht, was er tun soll. Verkehrte, kaum mehr gut zu machende Außen- und Innenpolitik in Verbindung mit verkehrter den Außenhemme der Wirtschaftspolitik, die eine maßlose, die Volksseele vergiftende Klassekampfsche ver-schuldet, haben dies traurige Ergebnis gezeitigt. Schwer lastet ein unhaltbarer Steuerdruck auf Gewerbe, Grund- und Hausbesitz.

Hier muß Wandel geschaffen werden.

Wenn auch in der Gemeinde die grundlegenden Gesetze nicht getätigt werden, so ist sie doch die Zelle des Staatslebens, in der der Wille des von jeher besten Trägers des Staatsgedankens, des Mittelstandes, zum Ausdruck kommen und Wegerichtung nach neuen Zielen des Wirtschaftslebens gezeigt werden muß.

Die deutschnationale Volkspartei

Ist von jeher die Partei gewesen, die alles was bodenständig ist, sei es Handwerker oder Gewerbetreibender, Grund- und Hausbesitzer, Landwirt oder bodenständiger Beamte und Arbeiter, unter ihrer Fahne gesammelt hat. Sie bleibt deshalb ihrem Programm treu, wenn sie mit gleichgerichteten Wirtschaftsgruppen zur Erreichung des gemeinsamen Zieles gemeinsam in den Wahlkampf zieht, wie dies auch in der badischen Landtagsfraktion zum Ausdruck kommt. Sie braucht sich auch deswegen nicht zu schämen, was sie in Land und Gemeinde geleistet hat, wenn sie auch nicht stark genug war, sich kräftiger durchzusetzen.

Neben ihren wirtschaftlichen Zielen vergißt sie aber auch nicht die geistigen und kulturellen. „Der Mensch lebt nicht von Brot allein“. Sie steht auf dem Boden christlicher Weltanschauung und will alle Gebiete des menschlichen Lebens, sei es in Schule oder Haus, Staat oder Gemeinde, mit diesem Geiste durchdringen.

An Euch, Ihr Wähler und Wählerinnen, liegt es nun, Euer Schicksal zu bestimmen! Wenn Ihr wünscht Wilderung des rücksichtslosen Steuerdrucks, gerechtere Verteilung der Lasten, die sich auch auf die Erstreckten muß, die bei gutem und hohem Einkommen nichts zu den Gemeinde- und Soziallasten beitragen, während dem kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, Landwirt oder Kleinrentner oft kaum das zum Leben Notwendige bleibt, wenn Ihr aber auch wünscht ausreichende Fürsorge für Erwerbslose, Kleinrentner und Notleidende, so richtet Eure Blicke auf die Partei, die für diese Forderungen stets eingetreten ist und eintreten wird.

Deutschnationale Volkspartei
mit Landbund.

HB. Markt Original Tort-Kapelle.
Der Vorstand.
in dem wir unsere besten Kräfte einladen.
sowie Freunde und Gönner zu
unserer Mittags- und Abend-
Essensveranstaltungen.

Großer Herbstball

am Sonntag, den 2. ds. Mts., abends 6 Uhr
im „Blumengarten“

Gesellschaft „Solidaria“



Jch schmecke gut
mache satt
und bin nicht teuer

- Sechs Teller feiner Suppe in den Sorten:
- Erbs fein Blumenkohl Spargel
 - Erbs mit Speck Reis mit Tomaten Tomaten
 - Erbs mit Reis Teigwaren Krebs
 - Grünkern Ochsenschwanz Pilz

ergibt sich, nur 20 Minuten in Wasser gekocht, ohne alle Zutaten, denn diese vereinige ich alle in mir.

Jeder Kaufmann hat mich!

Knorr

Suppen in Wurstform

Pelzwaren, Pelzbesätze

Neuanfertigungen, Umarbeitungen u. Reparaturen aller Art zu billigst. Preis bei fachmännischer Verarbeitung
Philipp Ernst, Kürschner, Karlsruhe Kronenstr. 2, Hth. III.

Die beste Gelegenheit

sich

Anzug-, Mantel-, Ulster- Hosen- und Kostüm- STOFFE

zu kaufen, ist gekommen. Zögern Sie nicht länger, sondern kommen Sie rasch!

Vom 27. Okt. bis 10. Nov. veranstalte ich einen **Kundenwerbverein** während dieser Zeit **10% Rabatt.**

Nur erstklassige Fabrikate zu billigsten Preisen.
Einmal-Käufer, ständig Kunde
NB. Elegante Auswahl in Stoffen für Abendanzüge, Smoking u. s. w.

Spezialtuchgeschäft

Otto Matheis

Durlach, Karlsruher Allee 5.

NB. Mitglieder der Beamtenbank können mit vor. Schecks zahlen.

Schirm-, Stock- und Pfeifen-Reparaturen

werden fachgemäß ausgeführt

A. Anton Geisfert
Drehsterei
Kirchstraße 13.

Ein schöner, schwarzer **Ueberzieher**, wie neu, für starke Figur zu verkaufen. Zu erfragen im Verlag.

Habe die von Herrn Dr. ÖSS seither innegehabte

Tierärztliche Praxis

übernommen.

Dr. med. vet. Hausamen
prakt. Tierarzt
Karlsruhe, Yorkstr. 37
— Telefon Karlsruhe 2258 —

Bad. Leib.-Grenod.-Berein Durlach.

Am Sonntag, den 7. November nachm. von 2-5 Uhr bei günstiger Witterung **Übungsübungen** auf unserem Schießstand am Obfenberg, Nähe Cafe Waldhof. Die Kameraden sind hierzu freil. eingeladen. Auch Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Männerquartett Teutonia Durlach

Am kommenden Sonntag, den 7. ds. Mts. nachm. 5 Uhr findet Gasthaus zum „Blumengarten“ unsere Familienunterhaltung statt, wozu die Mitglieder nebst Familienangehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst einladet.

Der Vorstand

PIANOS

beste Fabrikate
bequeme Zahlungs-
ung bis 2 Jahre
ohne Zinsberechnung
5 Jahre Garantie.

Musikhaus KARL WEISS

Mittl. d. Verb. der
deutschen Klavierhändler
Autorisierte Ver-
kaufsstelle der be-
kannten „Elektrola“
Sprechapparate u.
Schallplatten.

Wie fühlen Sie sich?
Nimmt man Kruschen-Sale, so fühlt man sich immer wohl, es freut sich bester Gesundheit un-
voller Lebensfreude. Kruschen-
Sale erfrischt die inneren Organe
(Leber, Nieren und Magen), so da-
der Stoffwechsel immer gut funk-
tioniert. Mark 3,- pro Glas

Tanz-

Lehr-Institut
J. Braunagel
Karlsruhe, Nowack-
anlage 13
Telephon 5859

Beginn neuer Kurse

für Anfänger und
Vorgeschriftene
Auch Einzel-Unterricht
Geht. Anm. jed. d. z.

Gegen
ranke Hände empfiehlt
Raloderma (weiß)
Drogerie Schaefer.

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden, und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, nach schwerer Krankheit, heute mittags 1 Uhr im Alter von 67 Jahren sanft entschlafen ist.

DURLACH, den 5. November 1926.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Fam. Franz Bostert
Luisenstraße 6.

Beerdigung Montag mittags 2 Uhr.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rat schloß heute früh nach längerem mit Geduld ertragenen Leiden, jedoch schnell und unerwartet, mein innig geliebter Gatte, der treubesorgte Vater seiner Kinder, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Heinrich Kunz

Landwirt

im Alter von 42 Jahren.

STUPFERICH, den 5. Novbr. 1926.

Die tieftrauernde Gattin:
Ellsabeth Kunz
geb. Becker, nebst 3 unversorgt. Kindern

Beerdigung findet Sonntag, den 7. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr statt. Fahrgelegenheit ab Traube Durlach.

Einladung

zu der am

Montag, den 8. November
abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Blume Durlach stattfindenden

öffentlichen Wählerversammlung.

Der Landtagsabgeordnete Geh. Oberförster Maier von Karlsruhe spricht über politische und kommunale Tagesfragen. Unsere Parteifreunde und die Mitglieder des Landbundes, sowie alle bürgerlichen Bürger sind herzlich eingeladen. Freie Aussprache.

Deutschnationale Volkspartei und Landbund.

Rote Hilfe Durlach

Sonntag, den 7. November 1926,
abends 8 Uhr, im Sammelraum

Revolutionstheater

mit Theateraufführung
„Oktobertürme“.

Siehe laden wir die Arbeiterschaft herzlich ein. Eintritt 30 J.

Rote Hilfe Durlach.

Samstag und Sonntag

Grosses Extra-Konzert

im Blumenkeller

Stimmung — Uk — Humor

Alles leicht! Alles leicht!

Für Sonntag empfehle

Saselnuss, Brot, Dunsch,
Makronen, Buttercremes u. Clustertorte, Hefengebäck, Schillerlocken,
Möhrenköpfe u. Merinken

Konditorei u. Kaffee **SCHICK** Tel. 600

Bibelheim Thomadell.
Sonntag vorm. 10 Uhr: Bibelstunde.